

Neuzeitliche



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweimal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: Unterhaltungsblatt, „Finanz- und Handelsblatt.“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitung“ und „Literarisches Umschau.“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung.“ — Donnerstag: „Recht und Leben.“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 30 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur, Georg Bernhart, Verantw. für den Fernverkehr Amt Dohmert 2688-2689, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein: Amt Dohmert (A 7) 2689-2695, für den Fernverkehr Amt Dohmert 2688-2689, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Erörnung vor dem Reichstag

Mehrheit für Artikel 1

Stimmhaltung der Sozialdemokraten

Einen großen Tag für das Parlament nannte der Reichstagsler Beilage die Entscheidung, vor die er den Reichstag stellt.

Der 15. Juni ist der Erdmitten, den Brand den 27 europäischen Regierungen zur Verantwortung seiner Frage über die Organisation eines europäischen Bundesstaats gestellt hat. Deutschlands Antwort ist freigelegt übergeben worden. Sie betont die Bereitschaft zur Mitarbeit, da die Motive fortzubringen, die Grafenmann im Herbst bewegen, der Initiative Branda zuzustimmen. Alle 27 Regierungen werden sich im September in Genf wieder zusammenfinden. Die Dinge sind in Fluss. Die Notwendigkeit wird über alle Zweifelsfälle liegen.

Gemein an diesen beiden großen Ereignissen bedeutet die Abgabe der Rheinlandfrage Hindenburgs, jenseitigen Gebiet in Betracht kommt, wohl nur eine Episode. Wenn auch der Einbruch dieser Maßnahme, die ihre Spitze gegen Preußen richtet, durch das Überlagerungsmanöver für den Augenblick in bedeutender Höhe verhält wurde.

Die Begründung der Abgabe der Rheinlandfrage ist in der Übereinstimmung mit der Reichsregierung erfolgt ist, hat bei den Deutschnationalen lebhaftest Begeisterung und die Hoffnung erweckt, Hindenburg als Bundesgenossen im Kampf um die Macht in Preußen gewonnen zu haben. Der Reichspräsident persönlich ließ sogar alle innerpolitischen Treiben fern. Am 11. ist es, wie er oft genug durch die Zeit bekannt hat, der überparteilichen Ausübung seines hohen Amtes hienzu kam. Es wäre denkbar, daß seiner Berater gewesen, zu verhindern, daß die Berufung der Abgabe in einem Augenblick erfolgt, in dem die Deutschnationalen als Kampfreis für ihre Entmen den Sturz der Regierung Braun ausdrücklich nennen.

Man weiß, in wie hohem Maße Hindenburg die staatsmännlichen Eindrücke und Auffassungen des preussischen Ministerpräsidenten schätzte. Um so bedeutender ist es, daß der fällige Schritt entfallen konnte, als ob der Reichspräsident irgend etwas mit der kampfhaften Ministerpräsident zu tun haben wollte, die fast Jahren im preussischen Landtag immer wieder vorgelegt worden ist. An den Wählerpräsidenten in Preußen hat sich nichts geändert und wird sich auch nichts ändern. Die preussische Regierung hat seine Verantwortung, sich in die politischen Wirrungen im Reich hineinziehen zu lassen. Sollte dieser Versuch trotzdem gemacht werden, so bliebe immer noch der Appell an die Wähler übrig, denn die preussische Staatsregierung im Reichstag vorzubringen Arbeit für die Festigung der Staatsautorität nicht zu scheuen brauchte. Um so weniger, als sie alles getan hat, um die Reichspolitik zu fördern, in den letzten kritischen Wochen ebenso wie in den schweren Jahren, in denen die Stabilität der Verhältnisse in Preußen der beste Rückfall für die Reichsregierung war.

Die Abgabe des Reichspräsidenten bezieht sich nur auf den eigenen Teil. Die Verhandlungen über die Aufhebung des Stahlhelmverbotes können jederzeit zu einem günstigen Abschluß führen, wenn die Stahlhelmlisten die nötigen Garantien gibt, daß ihr Verhalten nicht zu neuen Schwierigkeiten führt. Es ist bekannt, daß die früheren Zusätze führender Stahlhelmlisten gegen die Reichsregierung entsetzlich bogen beigetragen haben, die Aufhebung des Verbotes zu verzögern. Es wäre schade der Reichsregierung, diesen Gehaltspunkt beim Reichspräsidenten zur Geltung zu bringen, der am Rheinland hat nicht vollständig unterrichtet worden ist. Am Rheinland hat die Abgabe begriffliche Bestätigung erweckt. Eine solche Richtung ist um so notwendiger, als man draußen in der Welt für die staatsrechtliche und innerpolitische Seite der Angelegenheit kaum Verständnis aufbringen wird.

Der Schaden muß so weit als möglich repariert werden. Die Reichspräsidenten, die sich darüber freuen, daß für die preussische Regierung ein solches Ereignis ausbleiben sollen, sollten bedenken, daß doch etwas mehr auf dem Spiele liegt. Das Deutsche Volk darf nicht das Scheitern innerer Zerissenheit bieten, in einem Augenblick, der befunden soll, daß alle Klassen und Parteien einig sind, in der Freude über die Befreiung der Rinde am Rhein.

Mit einem Knallsetzt hat die geistige Sitzung des Reichstages geendet. Aber mit einem anderen, als zu erwarten war. Der Artikel 1 des Geheimschutzes über die Reichspolizei und die einmaligen außerordentlichen Zustände zum Eintritte in die in zweiter Lesung mit einfacher Zustimmung angenommen worden. Das wurde ermöglicht durch die Stimmhaltung der Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen haben mit den Kommunisten und Nationalsozialisten geschlossen gegen den Artikel votiert.

Das war eine Überraschung, fast so groß wie die über den Hindenburg-Vorfall. Was bedeutet sie politisch? Wenn man das so ausdeuten darf: der Artikel 48 ist aufgehoben, aber nicht aufgehoben. Es muß dem Willen des Reichstages, der mit einer nicht mißverständlichen Erklärung sich für den Zentrumsgeschichteten Offizier den Bericht auf eine allgemeine Debatte und die sofortige Entscheidung über den Artikel 1 verlangte, der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann aber eine einflussreiche Unterbrechung der Sitzung verlangte, daß es keine geringe Aufregung.

Auf der Tribüne konnte man verfolgen, wie der Reichstagsler seinen Staatssekretär Dr. Müller herbeirief, mit ihm einige Sätze wechselte, wie Dr. Pöhlner dann wieder einen Reichstagsler nach dem anderen informierte und wie sich unmittelbar darauf das ganze Regierungsgremium für den Antrag stimmte. Statt jedoch eine möglichst geduldige Debatte. In die folgende Debatte der sozialdemokratischen Fraktion wurden die weitest-

gehenden Forderungen gestellt, die sich zunächst nur in bestimmten Grenzen erfüllten. Es ergab sich nachher aus der Rede des Reichstags, daß die Sozialdemokratische Gegenverpflichtung vorzubringen hatte, von denen sie ihr empfindliches Verbot abhängig macht, daß sie der Regierung entgegenstehen wollen, nachzugeben, was bisher verweigert worden ist: über die Reichspolizei zu verhandeln. Am dies: Parteipolitik ist. In der Sozialdemokratie dem Artikel 1 Entscheidung gegeben.

Nach der Plenarsitzung hat dann noch eine Ansprache zwischen dem Kanzler und seinem Vorgänger Müller-Grasen sowie abg. Dr. Reichstagsler stattgefunden. An sie schloßen sich noch Besprechungen des Reichstagslers mit anderen Fraktionsführern an. Man wird auch heute noch weiter verhandeln, solange sich eine Aussicht bietet, zu einem Arrangement zu kommen. Diese Aussicht ist nicht bedeutend, wenn auch die Einwendungen der Sozialdemokraten weniger der Bedingungslosigkeit als den sozialpolitischen Gesichtspunkten gelten. Die Zeit ist zu kurz, wo Hindenburg in der Deutschen Volkspartei zu betrachten und die Wirkung des Konfliktes zwischen Hindenburg und der Preussischen Regierung nicht zu unterschätzen. Ohne diese letzten Angelegenheiten wäre manches wahrscheinlich anders gekommen.

Ammer noch lange Odds auf parlamentarische Durchdringung der Bedingungslosigkeit und kurze auf Artikel 48. Trotzdem: eine große Entscheidung für jene Parteien, die Preussischer auf Art. 48 genehmigt haben, ist nicht ausgeschlossen.

Straßenkampf in Alexandria

14 Tote bei Wafd-Demonstrationen

London, 15. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Gegen die vor einigen Tagen erfolgte Schließung des ägyptischen Parlaments hat die nationalistische Wafd-Partei für den 21. Juli den Verbotswahlkampf angehängt und als Antwort keine umfangreiche Straßendemonstration in Alexandria veranstaltet. In deren Verlauf ist es zu schweren Unruhen gekommen; 14 Personen, darunter ein Italiener und 7 andere Europäer wurden getötet, etwa 250 schwer verwundet.

Die Demonstrationen hatten den ausgeprochenen Zweck, dem Wafd-Führer Ragos Pasha, dessen Bild im Zuge mitgeführt

wurde, Örtlichkeiten zu bereiten. Die Menge besetzte den Hauptplatz der Stadt, eröffnete ein Steinbombardement auf die Polizei, worauf alle erreichbaren Fensterbänke ein und plündernde schreitend die Straßen. Die Polizei sah sich genötigt, das Feuer zu eröffnen und so kam es zum Blutergießen.

Zeit England hat die Tatsache, daß ein Italiener in Alexandria sein Leben verloren hat, eine besondere Bedeutung, da die italienische Regierung in den letzten Jahren wiederholt in schwebende englisch-ägyptische Verhandlungen mit dem Sinesis eingegriffen hat. daß sie, wenn England nicht weitgehend dem Gehör des Europäer in Kappellen garantieren kann, jede Vertretung der Person oder des Eigentums eines Italieners zum Anlaß einer Intervention machen würde. Es wird der englischen Regierung nun wohl nichts anderes übrig bleiben, als selbst in den ägyptischen Verfassungskonflikt zum Gehör der Europäer einzugreifen.

Keine Rechtsregierung in Sachsen

Dresden, 15. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Versuch der Rechtsparteien, eine Regierung zu bilden, ist, wie zu erwarten war, gescheitert. Der von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Kandidat für den Ministerpräsidentenposten, Dr. F. v. Rüdiger, der frühere deutsche nationale Wirtschaftsminister, erhielt bei der heutigen Abstimmung nur 45 Stimmen; ein Vertreter der Rechten, vermittelnd ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, stimmte gegen den Vorschlag.

Von den übrigen Stimmen erhielt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. B. der kommunistische Landtagsabgeordnete Renner 12. Der rest verbleibende ist. Nach dem ergebnislosen Ausgang der Ministerpräsidentenwahl begannen tatsächlich alsbald Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition. Außer der S. P. D. nahmen Demokraten,

Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei daran teil. Die Verhandlung blieb aber ergebnislos, da die Wirtschaftspartei nun verfahren will, mit ihrem früheren Finanzminister Beder als Ministerpräsidenten ein Kabinett zu bilden, natürlich zusammen mit den Nationalsozialisten. Auch dieser Versuch ist natürlich zum Scheitern verurteilt.

Neuwahlen in Finnland

Helsingfors, 15. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Der Präsident hat heute den Reichstag aufgelöst und verordnet, daß Neuwahlen am 1. und 2. Oktober stattfinden sollen, so daß der neue Reichstag am 20. Oktober zusammenzutreten kann. Die von der Regierung vorgelegten antikomunistischen Gesetze sind bei den heutigen Verhandlungen mit einer Majorität von 2/3 angenommen worden; aber die für die beschleunigte Behandlung erforderliche Mehrheit von 3/4 wurde nicht erreicht, weshalb erlassen wurde, daß die Gesetze bis nach der Neuwahl ruhen sollen.